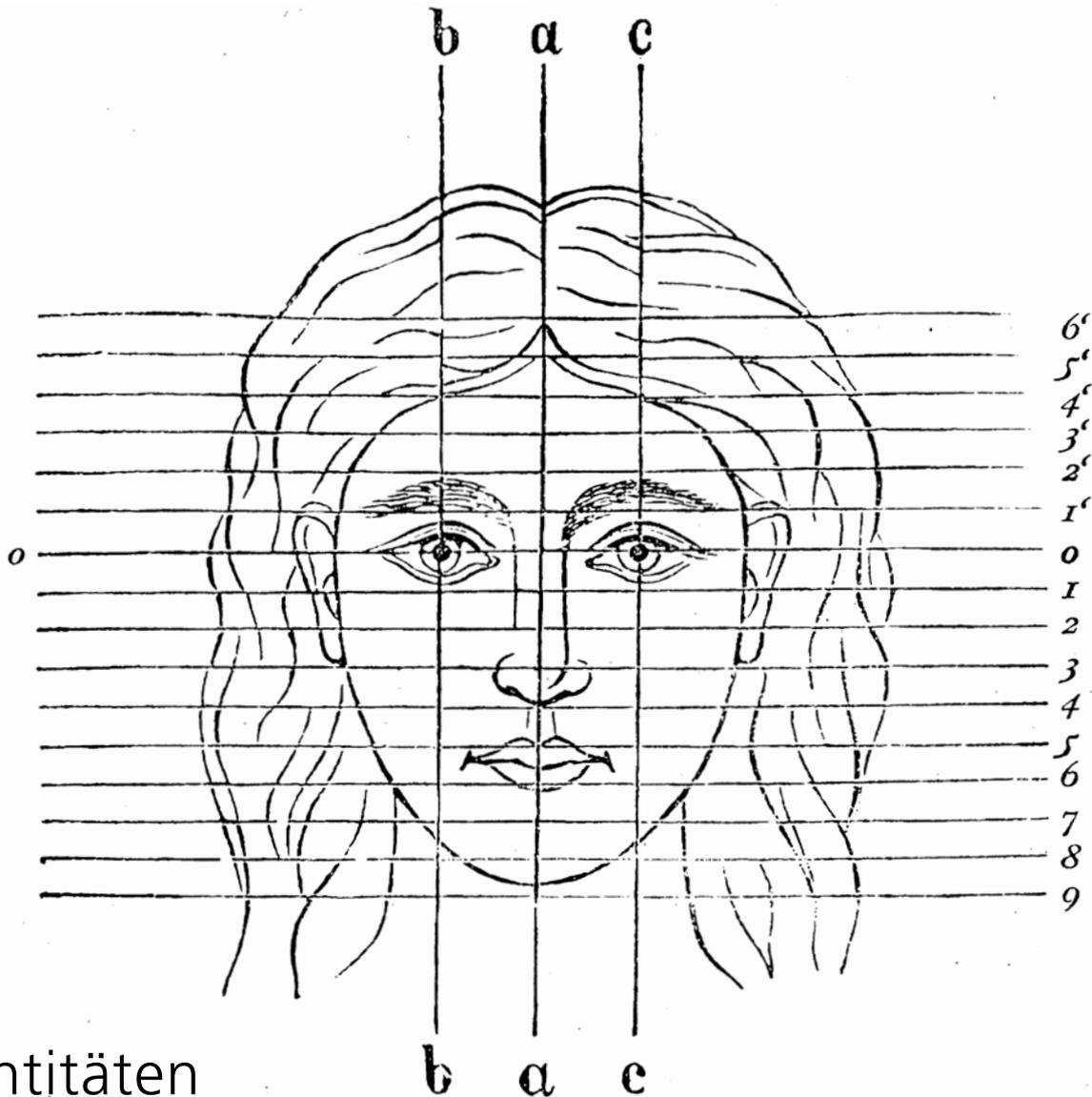


unimut

ZEITSCHRIFT an DER UNI HEIDELBERG



Identitäten

Während die Heidelberger Polizei mit Simon Br***er an der Vermessung der Identitäten von »Linken« scheiterte (Seiten 6 und 7), gelingt es Heidelberger Psycholog_innen mit digitalen Masken die studentische Seele zu entschlüsseln (Seite 5).

Auf den Seiten 10 und 11 beleuchtet Schwarzweiss Identitätskonzepte und die Occupy-Bewegung setzt auch in Heidelberg ihre Masken auf (Seite 8).

Außerdem ganz großes Theater an der Uni Heidelberg: Die Alma Mater inszeniert ihre exzellente Identität (Seiten 2 und 3) – ab sofort mit freiem Eintritt (Seite 4).

Grandiose Kostümierungen, Masken und Rollenspiele. Also Vorhang auf ...

die redaktion

Vorhang auf für Heidelbergs neueste Theateraufführung: die Exzellenzinitiative

Nun heißt es warten – und hoffen. Eine erste Skizze wurde bereits zum 1. September 2010 abgegeben, dann kam Anfang März 2011 die erhoffte Nachricht, dass Interesse am vollständigen Drehbuch bestehe. Es folgte eine monatelange emsige Ausarbeitung desselben, Proben über Proben und schließlich am 29. und 30. November 2011 die lang ersehnte finale Aufführung des Stücks. Nun liegt die Entscheidung in der Hand der Jury. Daher hilft es bis zur Siegerehrung am 15. Juni 2012 nur, »Geduld aufzubringen und zu hoffen, dass wir mit unserer Konzeption überzeugend aufgetreten sind«, erklärt Joachim Funke, Sprecher des Senats. Nachdem die Uni Heidelberg bereits 2007 den mit mehreren Millionen dotierten Exzellenz-Theater-Wettbewerb gewonnen hat, sind die Erwartungen natürlich entsprechend hoch und die Enttäuschungen im Falle einer Niederlage kaum vorstellbar. Tröstlich lediglich, dass immerhin bis zu zwölf erste Plätze zu vergeben sind.

Neben den bekannten neun Siegern von 2006 und 2007 sind aber auch einige gefährliche Newcomer in den Vorplatz des Theaterhimmels aufgestiegen und mit Spannung erwarten die Zuschauer, wer diesmal siegen wird – im härtesten Kampf des Jahres! Wer wird Deutschlands Super-Uni?

Tritt man einen Schritt zurück, erinnert die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder tatsächlich in vielen Punkten mehr einem Theaterwettbewerb oder einer Castingshow als einer Forschungsförderung nach streng wissenschaftlichen Maßstäben. Das liegt zum einen an dem enormen Medienrummel, den Bildungsministerin Annette Schavan und der omnipräsente DFG-Präsident Matthias Kleiner darum aufgebauscht haben, zum anderen und vor allem aber an der strukturellen Einrichtung dieser Art von Wissenschaftsförderung.

Durch ihre starke Medienpräsenz bedient die Exzellenzinitiative den scheinbaren Geschmack des Publikums an der Spannung des öffentlich ausgetragenen Wettkampfs, altbekannt im Sport, neuerdings aber auch sehr beliebt als »knallharte« Castingshows in der Musikbranche. Das mehrstufig angelegte Auswahlverfahren, wo immer wieder die Zwischensieger lautstark bekanntgegeben werden, die Spannung aber aufrechterhalten werden soll, indem geflissentlich betont wird, dass sich immer noch alles ändern könne, nichts entschieden sei und keiner sich zu früh freuen solle, denn auf die Etappensieger warte noch die nächste Herausforderung ...

Spielregeln

Ausgetragen wird der zu 3/4 vom Bund und 1/4 von den Ländern finanzierte Uni-Wettstreit von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und dem Wissenschaftsrat. »Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung.« (wissenschaftsrat.de), unterliegt aber laut dem Bericht des Datenschutzbeauftragten an den Deutschen Bundestag vom 8.4.2008 (Drucksache 16/8500, S. 67) nicht dem Informationsfreiheitsgesetz (das der Transparenz behördlicher Entscheidungen dient). Gleiches gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die zwar mit der hoheitlichen Aufgabe der Wissenschaftsförderung betraut ist, als eingetragener Verein aber ebenfalls keine Rechenschaft über ihre Entscheidungen abgeben muss. Die Kriterien, nach denen die Exzellenz-Millionen vergeben wurden und werden, müssen also von den beiden vergebenden Einrichtungen DFG und Wissenschaftsrat nicht offengelegt werden (vgl. hierzu ausführlich un!mut no. 198 & no. 213).

Bewerben können sich die Universitäten mit Anträgen zu (1.) Graduiertenakademien (Nachwuchswissenschaftler-Schmieden, die jährlich je etwa 1 Millionen Euro bekommen), (2.) Exzellenzclustern (jährlich durchschnittlich 6,5 Millionen Euro pro Cluster), »in denen Universitäten, außeruniversitäre Forschungsinstitute und oftmals auch die Wirtschaft besonders zukunftssträchtige Themen bearbeiten« (exzellenz-initiative.de) sowie (3.) mit sogenannten »Zukunftskonzepten« (dotiert mit 13,5 Millionen Euro jährlich), »mit denen Universitäten sich als Ganze zu international wettbewerbsfähigen Forschungsuniversitäten fortentwickeln« (ebd.). Lediglich jene Universitäten, die in allen drei Bereichen Punkte sammeln, dürfen sich die Bezeichnung »Eliteuniversität« auf die Fahne schreiben.

2006 konnte die Uni Heidelberg lediglich in den ersten beiden Bereichen, also bei den Graduiertenakademien und den Clustern, Erfolge verbuchen; ihr Zukunftskonzept wurde wegen mangelnder Einbeziehung der Geisteswissenschaften damals knapp abgelehnt (man erinnere sich daran, dass die bereits geplante Siegesfeier kurzfristig wieder abgesagt werden musste). 2007 wurde das Zukunftskonzept dann entsprechend ausgebaut und war mit dem seltsam pleonastischen Titel »Zukunft einer Volluniversität« (vielleicht sollten die Organisatoren mal nachschlagen, was »Universität« bedeutet) erfolgreich. Entsprechend wurde der Universitätsetat für fünf Jahre, von 2007 bis 2012, um mehrere Millionen Euro aufgestockt.

Im Sommer 2012 fällt nun die Entscheidung, welche Universitäten für weitere fünf Jahre bis 2017 in den Genuss der Exzellenz-Millionen kommen werden. Eigentlich sollte es eine Verlängerung der bisher geförderten Projekte sein, aber weil man ja im Leben schließlich nichts geschenkt bekommt, auch als Universität nicht, müssen die bereits exzellenten Universitäten erneut beweisen, ob sie immer noch so exzellent sind wie vor fünf Jahren. Aber halt, nicht wie vor fünf Jahren, sondern lediglich wie vor zwei Jahren, denn zwar wurden Millionen von Euros im Zuge der Exzellenzinitiative einzelnen Forschungsprojekten und Universitäten für fünf volle Jahre von 2007 bis 2012 zur Verfügung gestellt, aber die erste Abgabefrist für eine Verlängerung um weitere fünf Jahre war bereits im März 2010 und zieht sich nun bis zum Ende

der Förderung 2012 hin, so dass mindestens die Hälfte der geförderten Zeit für das Schreiben von Anträgen, Selbst- und Fremdevaluationen, Aufpeppen der bisherigen Forschungsleistungen (die sie aufgrund der Kürze der Zeit meist noch gar nicht vorweisen können) sowie dem Erfinden von neuen Forschungsprojekten statt dem Erforschen der bereits bewilligten Projekte aufgebracht werden müssen.

Interprostitution

Die Bezeichnung »Exzellenzinitiative« suggeriert, dass hier tatsächlich exzellente Forschungsleistungen ausgezeichnet und mit viel Geld belohnt würden. In Wirklichkeit verhält es sich aber so, dass nicht Forschung, sondern *Forschungsvorhaben*, also Anträge ausgezeichnet werden. Das ist so, als ob ein Studierender bereits für die Präsentation einer guten Idee zu einer Hausarbeit eine 1,0 bekäme und die Frage, ob und wie er diese Idee entwickelt und ausführt, keine Rolle mehr spielte. Zugegebenermaßen ist

die bereits nach kurzer Zeit ein fast körperliches Unwohlsein auslöst. Wie einen auch in den Musik-Charts ein ewiger Gleichklang umnebelt, so findet sich bei diesen scheinbar so exzellenten Forschungsvorhaben ein sprachlicher Einheitsbrei, der einen fast vergessen lässt, dass es in der deutschen Sprache noch andere Wörter als jene inflationär gebrauchten großen ›I‹s gibt: innovativ, interdisziplinär und international. Völlig sinnentleert werden sie als Codes der auch so exzellenten Wissenschaft an jeder syntaktisch möglichen Stelle eingesetzt; haben keine semantische Referenz, sondern dienen lediglich der Selbstdarstellung und sind Ausweis, dass der Antragsteller weiß, welche Worthülsen gerade gefördert werden.

Getoppt wird das ganze dann nur noch durch die »Begehung« der Universitäten durch die Exzellenzkommission von DFG und Wissenschaftsrat, wo sich ansonsten sehr ernst zunehmende WissenschaftlerInnen in die Rolle von Unterhaltungskünstlern und Marketingstrategen begeben, sagen und machen, was die Geldgeber von ihnen verlangen, ihre Anträge untermalt mit multimedialen Effekten anpreisen und sich im wahrsten Sinne öffentlich zur Schau stellen (lat. prostituere). So wurde an der Uni Heidelberg die am 29./30. November 2011 stattgefundene Begehung sogar vorab geprobt: Um möglichst realistische Bedingungen zu schaffen, mussten bei der Generalprobe sogar einige WissenschaftlerInnen in die Rolle der ›bad guys‹, das sind DFG und Wissenschaftsrat, schlüpfen.

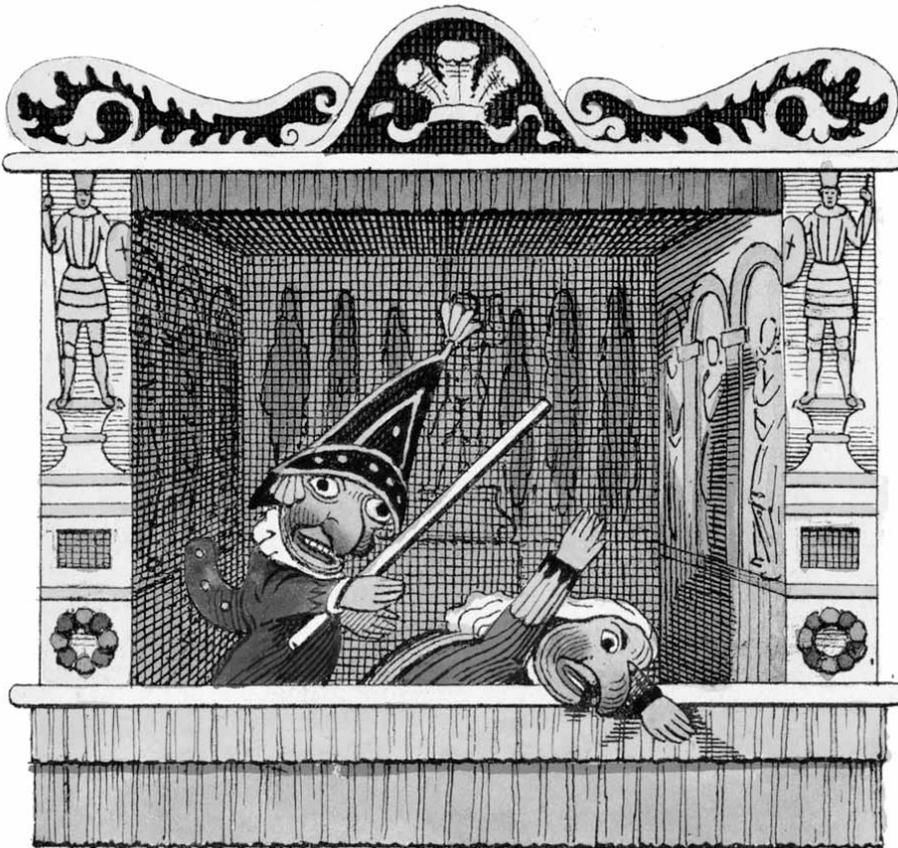
Dass so etwas keinE WissenschaftlerIn freiwillig macht, versteht sich von selbst und führt direkt vom Symptom der Antragsmonotonie zu der Ursache, nämlich der chronischen Unterfinanzierung der Universitäten. Zur Zeit wird bspw. über die Hälfte des Personaletats der Uni Heidelberg aus Drittmitteln finanziert. Der Großteil des Etats gehört also nicht zu den von den Ländern gewährleisteten Grundausrüstungen, sondern muss jedes Jahr für sich durch Anträge eingeworben werden. Die Exzellenzinitiative funktioniert nach dem gleichen Prinzip, nur dass Bund und Länder noch mal 1,9 Milliarden (von 2012-2017 dann sogar 2,7 Milliarden) zusätzlich bereitgestellt haben, die die Unis kompetitiv ergattern können.

Während der DFG-Präsident Matthias Kleiner dieses Wettbewerbssystem in einem Interview 2010 noch als das »das bestmögliche System, weil es dabei nur auf Qualität ankommt, auf sonst nichts anderes.« bezeichnete, kommen ihm in den letzten Tagen anscheinend doch Zweifel an eben diesem System. Zwar singt er in seiner jüngsten DFG-Neujahrsansprache vom 16. Januar 2012 weiterhin das gewohnte Loblied auf die Exzellenzinitiative: »Sie ist der kritischen Einsicht entsprungen, dass das Dogma von der Gleichheit aller Universitäten gewissermaßen ins Mittelmaß geführt hatte. Durch Wettbewerb und Differenzierung wirkte sie als eine der weitreichendsten Umwälzungen der letzten Jahrzehnte.«, kritisiert aber ein wenig schizophren ein paar Seiten später in der gleichen Rede den »übermäßigen

Wettbewerbsdruck und Drittmittelzwang im Wissenschaftssystem, denn sie halten vom Eigentlichen, vom Kern von Wissenschaft und Forschung ab.« Die Ursache sieht er »vor allem in der immer stärker wachsenden Konkurrenz um die immer knapperen Ressourcen für Lehre und drittmittelfreie Forschung, mithin in der mangelnden Grundfinanzierung unserer Universitäten.« und macht gar den Vorschlag, die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt für die Bildung anzuheben ...

eine gute Idee der Ausgangspunkt für jede Forschungsleistung, aber sie allein reicht nun einmal bekanntlich nicht aus – und Wissenschaft bedeutet eben ein wenig mehr, als gute Ideen zu haben.

Liest man sich die 85 als exzellent ausgezeichneten Anträge und Kurzbeschreibungen von 2006 und 2007 durch, findet man sich mit einer befremdlich einförmigen Antragsprosa konfrontiert,



Janina Reibold

Beantwortung der Frage, warum Maschinen studentische Prüfungen bewerten sollten.*

A Weil sie es können: Linguisten arbeiten seit etwa 20 Jahren an der Möglichkeit computergesteuerter Sprachauswertung – auch Psychologen tun das (Für der Beantwortung der Frage, warum die das machen, fehlen mir die Diagramme). Ein Ergebnis dieser Forschung ist das sog. LSA: Latent Semantic Analysis. Die Analyse wertet Texte nach ihren Themen und semantischen Strukturen aus, indem Begriffe registriert und ihre Korrelation zu anderen in einer Matrix dargestellt werden. So kann LSA etwa prüfen, in welchem Grad die Wiedergabe eines Vorlesungsthemas in einer schriftlichen Zusammenfassung die Begriffsstrukturen des ursprünglichen Skripts enthält, wie exakt also der Student das in der Vorlesung gehörte repetieren kann. **B.** Da eine solche Art des Abfragens von Vorlesungsstoff heute zu den am meisten angewandten schriftlichen Prüfungsformen gehört, sollte jedes Seminar und Institut mit LSA arbeiten. Soviel dazu, warum die Psychologen daran forschen. **C.** Weil es Zeit einspart. Die Nutzung von LSA erleichtert den Lehrenden die Auswertung von Prüfungsklausuren, weil ihnen LSA in Sekunden Diagramme erstellt, die das Verhältnis von studentischer Wiedergabe und professoralem Skript in eindeutigen, nicht hinterfragbaren Zahlen anzeigt. Folglich dauert es nicht so lange, dem leidigen Prüfungsmüll wieder den Rücken zu kehren und sich mit toller Forschung zu beschäftigen, etwa der Nutzung von LSA bei studentischen Hausarbeiten oder der Untersuchung intrinsischer Motivation beim Lernen. **D.** Weil es das Verhältnis von Lehrenden und Studierenden objektiviert. Wie oft hört man Klagen von Kommilitonen über ungerechte Benotung, Vorurteile gegenüber

Frauen usw.? LSA hat diese Vorurteile nicht, sondern ist objektiv. LSA macht keine Fehler. LSA – Zahlen – Diagramme – das ist doch was. **E.** Weil es Spaß macht. Menschen aller Bildungsschichten spielen heutzutage gern mit dem Computer – so auch Akademiker. Es erhöht folglich ihre Motivation, wenn sich dieser Spieltrieb auch am Arbeitsplatz entfalten darf. Und gerade der Lehrbetrieb gewinnt an Reiz, wenn die Auseinandersetzung mit studentischen Arbeiten mithilfe von Computerprogrammen erfolgen kann, die einem hübsche Diagramme und Statistiken erstellen, die man bunt ausgedruckt an die Wand hängt. **F.** Weil Dozenten, die von studentischen Arbeiten genervt sind, die Umwelt belasten. **G.** Weil Studenten ohnehin nichts anderes von sich geben als Zusammenfassungen von Vorlesungsskripten. **H.** Weil Studenten auch nichts anderes von sich geben können sollen. **I.** Weil es Studenten so motiviert, von einer Maschine bewertet zu werden. **J.** Weil die Psychologieprofs dann mehr Aufgaben in der Erforschung der Motivation bekommen. **K.** Weil es der Forderung nach zweckfreier Forschung entspricht ... also einer Forschung, die nicht der Industrie zuarbeitet. Die LSA ist nämlich so interessant für die Industrie, etwa für GOOGLES Suchanfragen-Analyse, dass Konzerne bestimmt nicht auf die Forschungsergebnisse schlecht bezahlter Akademiker an öffentlichen Hochschulen warten werden. **L.** Weil es Akademikern hilft, die gern in der Computerindustrie Geld verdienen würden, ihren Minderwertigkeitskomplex zu sublimieren. **M.** Weil man auf diese Weise Forschung und Lehre verknüpfen kann: Die Studenten dienen als Versuchskaninchen der Forschung. **N.** Weil es innovativ ist, also irgendwas neues (gefördert durch die Exzellenzinitiative – Zukunftskonzept Innovationsfonds Frontier). **O.** Weil der Beleg einer Prüfungsnote durch semantische Diagramme ... **P.** Weil Sprache berechenbar ist = 0815. **Q.** Weil Computer ein Recht aufs Lesen haben. **R.** Weil Dozenten ein Recht aufs Nicht-Lesen haben. **S.** Weil das Diagramm die Sprache der Zukunft ist. **T.** Weil Mathematik schon immer gut zur Selbstrechtfertigung war. **U.** Weil die Frage nach dem Sinn von Diagrammen konservativ ist. **V.** Weil man dann das schöne Wort »Matrix« verwenden darf. **W.** Weil die Wirklichkeit noch nicht fantastisch genug ist, um von der Langeweile abzulenken. **X.** Weil Kafka von den Toten auferstehen soll. **Y.** Weil Exzellenzforschung den guten Menschenverstand überwinden soll zugunsten ... **Z.** Weil wir Studenten alles fressen. **ZZ.** Weil wir Studenten dafür bestraft werden müssen, dass wir alles fressen.

Leonard Keidel

* siehe <http://www.psychologie.uni-heidelberg.de/ae/paeps/forschung>: Verbesserung der Hochschullehre durch automatische Bewertungen von und Rückmeldungen zu schriftlichen Arbeiten mittels Latenter Semantischer Analyse (Gefördert durch die Exzellenzinitiative – Zukunftskonzept Innovationsfonds Frontier)

Kurzbeschreibung: Das Verfassen komplexer Texte mit hohen analysierenden und bewertenden Anteilen wird von vielen Lehrenden als Methode der Wissensvermittlung für sehr

wichtig gehalten. Aufgrund des großen Aufwands für die Lehrenden können allerdings gerade in viel besuchten Lehrveranstaltungen an Universitäten in der Regel weder Bewertungen aller Texte noch Rückmeldungen zu diesen erfolgen. Mithilfe eines statistischen Verfahrens, der Latenten Semantischen Analyse (LSA), ist es jedoch möglich, Wissensstrukturen zu repräsentieren und somit Aufsätze hinsichtlich ihres Inhalts automatisch zu bewerten. In diesem Projekt soll überprüft werden, inwiefern derartige automatische, software-gestützte Bewertungen von und Rückmeldungen zu schriftlichen Arbeiten von Studierenden in der Hochschullehre zur Verbesserung des Lehrens und kontinuierlichen Lernens beitragen können.

Dauerblechen findet sein Ende

Keine* Studiengebühren mehr ab 2012

» Der Wechsel beginnt«, so formuliert es Winfried Kretschmann als im März letzten Jahres klar war, dass die CDU nach mehr als 50 Jahren Regierung in Baden-Württemberg keine Mehrheit mehr hat. Im Koalitionsvertrag mit dem Junior-Partner im SPD-Format einigte man sich entschlossen, neben der Energiewende und bürgerlichem Mitspracherecht auch hochschulpolitisch neue Wege zu gehen.

»Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir das Landeshochschulgesetz neu ausrichten und dabei demokratische Strukturen stärken. Dafür werden wir eine demokratisch legitimierte, autonom handelnde und mit eigener Finanzhoheit ausgestattete Verfasste Studierendenschaft einrichten.« zitierte die UNIMUT Theresia Bauer schon in ihrer Ausgabe vorherigen Aprils. Zudem wurde angekündigt, die Studiengebühren zum »frühestmöglichen Zeitpunkt abzuschaffen«.

Da wären wir nun, »frühestmöglich« größtenteils befreit von der seit 2005 beschlossenen und ab 2007 fälligen, all-semesterlichen Zahlung von 606 Euro und 50 Cent. Insgesamt 140 Millionen Euro, so genannte »Qualitätssicherungsmittel« kamen bisher zusammen und fanden ihre glorreiche Verwendung in strahlend glänzenden Klobrillen, hervorragend robusten Klobürsten und anderen zweckgebundenen Investitionen für Studium und Lehre.

Zugesagt war neben der Abschaffung der Studiengebühren auch die Kompensation des Einnahmefehlers aus dem Haushalt der Landesregierung.

Dabei handelt es sich um einen Betrag von rund 280 Euro pro Student (dieser entsteht aufgrund von Ausnahmeregelungen, wie z.B. für Stu-

dierende mit Kindern oder Studierende mit Behinderungen), der nun jährlich der Entwicklung der Studierendenzahl angepasst werden soll.

Skeptisch hinsichtlich dieser Prophezeiung, und ihr im Voraus schon einmal keinen Glauben schenkend, sahen sich viele Seminare der Universität veranlasst vorzusorgen und schon einmal fleißig zu sparen. Anreihen daran lässt sich die neuste Entwicklung der Hiwi-Entgeltung: Ab 2012 fällt das Weihnachtsgeld weg, immerhin 80% eines Monatslohns, zudem muss die Mehrheit der Hilfskräfte mit geringeren Stundenlöhnen rechnen. Der Wechsel beginnt also gut und gut erinnert man sich auch an die Zusage für die Einführung Verfasster Studierendenschaften. So flott wie mit der Abschaffung der Studiengebühren geht die Heidelberger Umsetzung diesbezüglich noch nicht. Zwar setzt die FSK sich aktiv mit dieser »neuen« Form von studentischer Mitbestimmung auseinander, wie eine Infoveranstaltung in der Neuen Uni zeigen konnte, sowie die Einrichtung eines Arbeitskreises, der alsbald jeden zweiten Mittwoch um 16.30 Uhr in der Albert-Ueberle-Straße 3-5 tagen soll. Dennoch ist noch völlig offen, welche genauen Strukturen die Verfasste Studierendenschaft in Heidelberg haben wird. Dabei gilt es zu prüfen, welches Modell von studentischer Selbstorganisation am aussichtsreichsten erscheint und sich schon an anderen Standorten bewähren konnte. Ob es am Ende ein Studentenparlament wie zum Beispiel in Münster oder einen Studentenrat wie in Chemnitz, direkte Wahlen für die selbstständige Vertretung der Studierenden oder Entsendungen der Vertreter aus den Fakultätsräten geben wird, heißt es noch zu diskutieren, zu erwägen, zu verwerfen und bis hoffentlich zum nächsten Wintersemester in eine handlungsfähige Form umzusetzen. Nach 35 Jahren Verbot der Existenz von verfassten Studierendenschaften in Baden-Württemberg soll das Gesetz zur Wiedereinführung in diesem Sommer in Kraft treten und, so die neue grünrötliche Regierung will, die Studierenden wieder zu einer rechtsfähigen Teilkörperschaft der Hochschulen erheben.

Annika Sterk

* Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren bezieht sich ausschließlich auf grundständige Studiengänge und Masterstudiengänge, die inhaltlich und zeitlich auf einen Bachelor-Studiengang aufbauen. Weiterhin bis voraussichtlich 2014 zur Kasse gebeten werden Studierende solcher Studiengänge, die nicht auf einem Bachelor aufbauen.



The Brenner Identity

Polizei-Akten zum Einsatz des Verdeckten Ermittlers
»Simon Brenner«
zeigen Hintergründe der Spitzel-Affäre

Simon Bromma hatte unter der falschen Identität »Simon Brenner« 2010 über neun Monate die »linke Szene« in Heidelberg unter die Lupe genommen. Im Auftrag des Landeskriminalamts Baden-Württemberg sammelte er Daten über Personen und Strukturen. Sieben der von Simon ausgehorchten haben nun Klage erhoben. Sie fordern die Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Einsatzes.

Anfang Januar stellte das Gericht Teile der Akten »Simon B.« den Kläger_innen und ihrem Anwalt zur Verfügung. Diese Akten, die un!mut vorliegen, sind unvollständig und von der Landespolizei zu großen Teilen geschwärzt. Dennoch liefern sie neue Informationen über die Ziele des Einsatzes.

Als Oppositionsparteien gaben sich Grüne und SPD bei Bekanntwerden des Spitzel-Einsatzes empört. Sie stellten Anfragen im Landtag, versprachen Aufklärung, sollten sie Regierungsverantwortung übernehmen. Nun an der Macht, ist das für Grün-Rot Oppositionsschnee von vorgestern. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe forderte fünf Tage nach Klageerhebung die Akten des Einsatzes an. Die Polizei Heidelberg und das Landeskriminalamt dürfen diese Dank eines grün-roten Sinneswandels jedoch größtenteils unter Verschluss halten.

Die zuständige oberste Aufsichtsbehörde, also das SPD-geführte Innenministerium, hatte einem Sperrantrag der Polizeidirektion Heidelberg zugestimmt. »Ein vorrangiges Interesse der Kläger ist nicht erkennbar. Das berechnete Aufklärungsinteresse des Gerichtes muss gegenüber dem öffentlichen Interesse an der Sicherstellung der zukünftigen Aufgabenerfüllung zurücktreten«, so Landespolizeipräsident Hammann in der Begründung. Gemeint ist die Aufgabenerfüllung der Polizei.

Der Großteil der Akten unterliegt nun also der Geheimhaltung, den Klägern und ihren Anwälten wurden lediglich Teile der Akten zur Verfügung gestellt. Beigefügt ist eine fadenscheinige Erklärung der Schwärzungen von Landespolizeipräsident Wolf Hammann. Dort heißt es: »Durch Unterstreichungen oder sonstige Hervorhebungen in Texten wird zu erkennen gegeben, ob durch den jeweiligen Sachbearbeiter Beziehungen und Zusammenhänge zwischen verschiedenen Ermittlungsobjekten hergestellt werden.«

Die Ziele des Einsatzes

In der Einsatzanordnung der Polizei Heidelberg heißt es zur Begründung des Einsatzes: »Für das Jahr 2009 zeichnete sich bundesweit erneut ein Anstieg der Fallzahlen im Bereich der politisch motivierten Kriminalität ab.« Insbesondere in Baden-Württemberg seien linkspolitisch motivierte Straftaten um 158,2% gestiegen. Das gelte auch für Heidelberg, außerdem seien Universitätsstädte als »Magnet von linksorientierten Personen bekannt.«

Ziel des Einsatzes waren zwei Personen, bei denen, nach Ansicht der Polizei, »tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, dass sie künftig Straftaten begehen« sowie zwei Kontaktpersonen dieser Ziele. Die Einsatzanordnung enthält detaillierte Beschreibungen des Umfelds der Personen, insbesondere der Antifaschistischen Initiative Heidelberg und der Antifaschistischen Initiative Kraichgau Odenwald.

Hammann bezeichnet den Einsatz eines verdeckten Ermittlers als »Ultima-ratio-Mittel zur Gefahrenabwehr«. Derartige Gefahren lassen sich in der zur Verfügung gestellten Einsatzanordnung jedoch nicht so recht erkennen: Die Vergehen der Zielpersonen, die der Heidelberger Polizeichef Bernd Fuchs zur Begründung des Einsatzes anführt, sind alle verjährt bzw. die Untersuchungen sind eingestellt. Es handelt sich vor allem um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz bei Demonstrationen gegen Rechts, wie sie beispielsweise bei Aktionen des zivilen Ungehorsams folgen.

Fuchs listet in der Einsatzanordnung feinsäuberlich auf, auf welchen Demonstrationen sich die Zielperson wann befunden hat. Er beendet die Auflistung mit der Bemerkung, es sei davon auszugehen, dass die Person »auch weiterhin am sog. Demonstrations-Tourismus teilnimmt.«

Die Aktivitäten der Antifaschistischen Initiative Heidelberg beschreibt Polizeichef Fuchs in der Einsatzanordnung: Erstens suche die Gruppe einen selbstverwalteten Freiraum als Ersatz für das 1999 geschlossene Autonome Zentrum. »Ziel der o.g. Gruppen [ist] weiterhin die Suche nach Konfrontation mit ›Rechten‹«, schreibt Fuchs. Er setzt dabei in der Einsatzanordnung ›Rechte‹ im Gegensatz zu Linke in Anführungszeichen, als wolle er sich von der Zuschreibung, mit der hier Menschen mit rassistischen Einstellungen bezeichnet werden, distanzieren.

»Die Antifaschistische Initiative Heidelberg organisiert nicht nur Demonstrationen in und um Heidelberg, sondern beteiligt sich auch aktiv an Demonstrationen der linken Szene«, so Fuchs weiter. Außerdem hat der Polizeichef Proteste gegen Atomkraft im Visier: »Bei Straftaten im Zusammenhang mit der Störung oder Verhinderung von Castor-Transporten handelt es sich in der Regel

um schwerwiegende Straftaten, wie beispielsweise gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr.« Daher »ist der Einsatz eines Verdeckten Ermittlers angemessen«, erläutert Fuchs.

Faktisch: Die Überwachung des Dunstkreises des Dunstkreises der Zielpersonen

Die Einsatzanordnung nennt Bewegungen der Universität zum aktuellen Thema Bildungspolitik als Teil der »Spektralen linker Motivation«. Inmitten eines geschwärzten Absatzes heißt es: »... diese Gruppen [sind] nicht ... Ziel ... eines einzusetzenden Verdeckten Ermittlers«.

Genau das ist jedoch geschehen: Auch wenn Simon Brommer weder die Zielpersonen noch deren Kontaktpersonen je kennenlernte, verfasste er über seinen Einsatz 15 Berichte. Bei seiner Enttarnung gab Simon Brommer an, Informationen über Personen und Strukturen gesammelt und weitergegeben zu haben. Diese Informationen betreffen Personen aus der Kritischen Initiative, dem SDS, dem Bildungstreikbündnis und wahrscheinlich einiger weiterer universitärer Gruppen. Diese Personen waren der Polizei bis zu Simons Datensammlungen zum überwiegenden Teil unbekannt. Ihre Überwachung ist im Einsatzplan offiziell nicht vorgesehen. Faktisch geschah sie, breit angelegt und ohne Begründung.

Simon B. horchte Heidelberger Studierende aus, die sich für ein besseres Bildungssystem einsetzten. Er täuschte denjenigen Freundschaft vor, die sich für die Rechte von Migrant_innen einsetzten, missbrauchte das Vertrauen derer, die mit ihm auf den Schienen vor dem Castor saßen. Hinter der Maskerade des politischen Ethno-Studenten, der gerne kletterte, nett, hilfsbereit und zuverlässig schien, versteckte Simon seine Identität als Polizist. Er fertigte Dossiers über seine »Freundinnen und Freunde« an, das erklärte er bei seiner Enttarnung. Dort im Café Orange legte er die Maske ab, sprach plötzlich eine andere Sprache, viel technokratischer und nicht mehr gegendert.

Ob der Einsatz ohne rechtliche Grundlage erfolgte, sollte das Gericht nun feststellen. Was Simon B. in seinen Berichten weitergab, kann jedoch vom Verwaltungsgericht nicht zur Urteilsfindung herangezogen werden. Dank der Sperrklausel bleiben die 15 Berichte Simon B.s unter Verschluss.

Ohne Informationen, was der Verdeckte Ermittler an Daten über welche Personen sammelte und weitergab, wird das Gericht kaum eine fundierte Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des Einsatzes fällen können. Die Kläger_innen werden daher gegen die Sperrklärung klagen. Weitere Kosten und Verzögerungen sind die Folge. Denn

ein anderes Gericht prüft in einem »in camera« Verfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit, der Kläger_innen und ihrem Anwalt, ob die geschwärzten Passagen und die unter Verschluss gehaltenen Seiten tatsächlich Bund und Länder gefährden würden, sollten sie an die Öffentlichkeit gelangen.

»Sind wir nicht alle ein bisschen Zielperson?«

Aus der Begründung der Einsatzanordnung von Heidelberg's Polizeichef Fuchs geht hervor, dass sich für ihn eine »linksextremistische« Gesinnung zum Beispiel in der Teilnahme an Demonstrationen gegen Rechts zeigt.

Die Anordnung politischer Einstellungen auf einer rechts-links-Skala suggeriert das Vorhandensein einer eindeutigen, als rechtmäßig und gut definierten Mitte, die die Werte Demokratie, Recht und Freiheit für sich beansprucht. Abweichungen nach links von dieser konstruierten Mitte sind dem Extremismus-Schema nach ebenso zu verfolgen wie rechte Abweichungen.

Doch existiert zwischen linken und rassistischen Ideen der fundamentale Unterschied, dass rassistische Ideen in sich bereits durch ihre Vorstellung der Höherwertigkeit bestimmter Menschen gewalttätig sind, während linke Ideen die Gleichheit aller Menschen zum Prinzip haben. Natürlich wurden und werden linke Ideen mit Gewalt durchzusetzen versucht, doch wohnt diese ihnen nicht zwangsläufig inne.

Die Herangehensweise der Extremismustheorie, das zeigt Fuchs' Argumentation, führt dazu, dass Menschen, die sich politisch engagieren, die – mehr als in der »Mitte« der Gesellschaft üblich – die Werte Gleichheit und Solidarität vertreten, als systemgefährdend eingestuft werden.

»Sind wir nicht alle ein bisschen Zielperson?«, fragt Michael Dandl, eine der beiden Zielpersonen des Einsatzes auf einer Demo am 17.12.2011, ein Jahr nach der Enttarnung Simon Brommers. Die Teilnahme und Organisation von Demonstrationen gegen rassistische und diskriminierende Einstellungen ist ein Akt der Zivilcourage, den unsere Gesellschaft bitter nötig hat. Der Aufbau eines selbstverwalteten Zentrums, die Teilnahme an Protesten gegen Atomkraft, Kritik am Bildungssystem, dies alles sind Formen demokratischer Partizipation, die von breiten Teilen der Gesellschaft praktiziert oder unterstützt werden. Mit dem Einsatz Simon Brommers wurden sie kriminalisiert.

Das Wort Extremismus ist keineswegs eine neutrale Beschreibung eines Phänomens, ihm liegt ein Konzept zu Grunde, das die Abweichung von einer zur Norm erhobenen politischen Einstellung (die der marktwirtschaftlichen repräsentativen Demokratie) unabhängig von ihrem Inhalt diskreditiert. Linke wie rechte Einstellungen sind in allen Teilen der Gesellschaft vorhanden und kein Randproblem.

Die Legitimation geheimdienstlicher Mittel, wie die Überwachung durch Spitzel, gegen links-Denkende sind eine Folge. Die Verharmlosung des rechten Denkens eine andere. Der Suchscheinwerfer der Sicherheitsorgane, so schwach er auch auf die Vertreter_innen rechter Ideen leuchten mag, ist linksseitig – das zeigt der Fall »Simon Brenner« – um so ausleuchtender eingestellt.

Die Klagen zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Einsatzes könnten in der gesellschaftlichen Debatte zu linkem und rechtem »Extremismus« einen wichtigen Beitrag leisten – insbesondere angesichts von Bundesministerin Kristina Schröders Broschüre für Schulen »Demokratie stärken – Linksextremismus verhindern«. Nicht zuletzt haben die von Simon B. Durchleuchteten und Betrogenen ein Anrecht auf die Aufklärung der Umstände des Einsatzes. Mit der Sperrklärung hat die grünrote Landesregierung dies jedoch erfolgreich blockiert.

Nina Marie Bust-Bartels



occupy OCCUPY?



» Bei uns, bei allem Respekt, demonstrieren die Leute, weil sie nachmittags Zeit haben.« Mit dieser Provokation leitet Oliver Welke, Moderator der heute-Show, die Ausstrahlung des Sonneborn-Interviews mit einem Camp von OCCUPY Berlin ein. Damit bauchpinselt er sicher das Gewissen vieler arbeitsamer deutscher Bürger, die mit Kopfschütteln oder zumindest mit belustigter Miene die Bilder provisorischer Zeltstädte vor den Bankzentralen in Frankfurt, London und New York City in der Presse verfolgen. Es ist ja rührend, wie die gutbürgerliche Jugend da Engagement zeigt, im Hippie-Elysium schwelgt und dem Goliath der Finanzkonzerne reißerische Parolen wie »Ihr verzockt unsere Zukunft« entgegenhält. Irgendwie haben Sie ja auch Recht, schließlich ist das Geld auf dem Konto der Deutschen Bank nicht mehr so sicher angelegt wie vor dem Zusammenbruch von Lehman Brothers und dem Rattenschwanz de-sträuser Staatsschuldenkrisen nahezu bewusstseinsweiternden Ausmaßes, die er nach sich zog. Und dem durch das gewissenlose Spekulantentum stark angekratzten Vertrauen in Fugger und Bankvorstände kann schließlich auch Mutter Merkel mit ihren zuversichtlichen Versprechungen hinsichtlich der Rettung des Euro nicht beikommen, (wo doch jeder weiß, wie korrupt und unfähig die Südländer Europas operieren). Aber wenn die Politik das Börsenungetüm irgendwie doch noch zu zäumen bekommt und die freie Marktwirtschaft mit ein paar Sanktionen bezüglich sozialer Schweinereien in die Schranken weist, soll doch der Kapitalismus munter weiter florieren zum Wohl der (westlichen) Menschheit und des allgemeinen Wachstums, schließlich lief es doch bisher relativ glatt mit den politischen Eliten in Europa, die Forderung grundsätzlicher Umbrüche in der Struktur des Systems, die hier und da geäußerte Forderung nach einer Postwachstumsgesellschaft etwa, riecht da beinahe nach Ketzerei. Also recht so, dass die Londoner Polizei ihre Ambitionen hinsichtlich der Terrorbekämpfung nun auch auf die dortige OCCUPY-Bewegung ausweitet, wenn diese postpubertäre Gruppierung den Status des gefürchteten Rebellen überhaupt verdient. Also occupy OCCUPY?

»Wir sind die 99 Prozent.« ist einer der Leitsätze der OCCUPY-Bewegung, mit der sie sich über das 1-Prozent-Diktat einer verantwortungslosen Polit- und Finanzelite empört und eine direktere Demokratie fordert, die sich nicht von den Launen der Börse geißeln lässt. Laut Herrn Welke kommt diese Forderung nur den paar Taugenicht-

sen über die Lippen, die sich nicht zu einer tüchtigen Erfüllung ihrer bürgerlichen Pflichten in puncto Arbeitsamkeit durchringen können und damit sicher nicht den Konsens der deutschen Bürger widerspiegeln – dabei können sie nicht einmal wie die Revolutionäre in Spanien mit einer horrenden Jugendarbeitslosigkeit kontern. Doch muss man am Existenzminimum lavieren, um für seine Ideale auf die Straße gehen zu dürfen? Müssen derart gravierende Kürzungen des Bildungsetats, wie sie in Spanien vorgenommen wurden, abgewartet werden, bevor auch junge Menschen in Deutschland die moralische Lizenz zum Aufbegehren gegen Missstände in ihrer Gesellschaft aus offizieller Hand erhalten? Dabei sind es selbst in einer so akademisch geprägten Stadt wie Heidelberg längst nicht mehr nur Studenten, die sich wöchentlich im Rahmen von OCCUPY versammeln, um sich durch Diskussionsrunden, Impuls-Referate und Gastvorträge von Dozierenden aus den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften mehr Einblick in die Komplexität der Problematik und Lösungsansätze zu verschaffen. Auch Berufstätige aus den unterschiedlichsten Bereichen und selbst politische Aktivisten aus Lateinamerika beteiligen sich an den Sitzungen und Aktionen. Neben der diskursiven Suche nach Lösungen und gemeinsamer Teilnahme an Demonstrationen im Frankfurter Bankenviertel organisierten die bis zu 50 OCCUPY-AktivistInnen Heidelbergs eine öffentliche Aufklärungsaktion zum Weltmenschenrechtstag am 10. Dezember und die Produktion eines bildungspolitischen Video-Statements zur Kommunikation mit Gleichgesinnten in Lateinamerika. Und das war erst der Anfang, denn das Heidelberger OCCUPY-Netzwerk wächst wöchentlich und arbeitet auf lokaler Ebene an einem »europäischen Frühling«.

Im Mittelpunkt steht dabei nicht die Demonstration als Akt des bloßen »Dagegen-Seins«, wie die Videoaufzeichnung vermerkt, vielmehr geht es darum, »um etwas zu kämpfen« – im bildungspolitischen Kontext um freie Bildung für alle. Ein Bewusstsein für bestehende Missstände soll geschaffen werden, neue Formen des politischen Denkens sollen gewagt werden. Dabei bilden die verschiedenen Stimmen, die im Sinn der basisdemokratisch organisierten Asambleas-Versammlungen alle zu Wort kommen und Begriffe wie Arbeiterrechte, Postwachstumsgesellschaft und direkte Demokratie in den Raum werfen, nicht immer einen homogenen Chor. Dieser bewusste Pluralismus wundert nicht, denn wer angesichts der komplexen globalen Probleme eine einfache Lösung fordert und mit differenzierten Perspektiven geizt, provoziert zugleich immer eine radikale Banalisierung. Dieser Gefahr wollen die AktivistInnen bewusst entgegenwirken, indem multiple Perspektiven gefördert werden, man sich aber auch auf Prinzipien der eigenen Arbeit einigt:

Prinzipien von OCCUPY: Intellektueller, gewaltfreier Protest, JedeR kommt als Mensch und freieR BürgerIn, nicht als Mitglied einer Organisation/Partei, alle sind gleichberechtigt!

Einig ist sich die OCCUPY-Bewegung in der Überzeugung, dass es anders laufen muss als bisher, dass eine Zukunft fernab von Finanzdiktat, Unterwerfung von Entwicklungsländern durch Dumping-Löhne und Spekulationen mit Lebensmitteln, Wirtschaftswachstum auf Basis nuklearer Energie und ständiger Kürzungen des Sozial- und Bildungsetats global möglich und vor allem dringend nötig ist.

Wer da weiterhin mit süffisanten Wortspielen wie »Occupy OCCUPY« kokettiert, sollte sich vielleicht mal Gedanken über die eigenen Zukunftsvisionen machen.

Theresa Pleitner

Formen des Neokolonialismus in Ghana

Während einer Führung durch die ehemalige Sklavenburg in Cape Coast erzählt der ghanaische Touristenführer uns vornehmlich Weißen mit verschlossener, fast vorwurfsvoller Miene von den Gräueltaten der ehemaligen Kolonialherren, die hier Millionen Sklaven durch den »Point of no return« auf Schiffe in Richtung Westen schleusten. Als wir schließlich neben der Mauer stehen, über die Schwangere und Kranke aus der Festung in die Brandung kapultiert wurden, meint er jedoch: »We Ghanaian people say Welcome to you, Akwaaba, its written on the wall here for you«. Die Touristen beantworten das breite, herzliche Lachen, das er bei diesen Worten aufsetzt, nicht, drehen sich konsterniert oder gelangweilt weg und bewegen sich in Richtung Souvenirshop.

In dieser Begrüßung spiegelt sich die gespaltenen Haltung der Ghanaer gegenüber dem Westen, konkret den Weißen.



Auf der einen Seite steht die fast naiv anmutende Bewunderung eines vom Westen zum Entwicklungsland degradierten Staates und seiner Bewohner, die in allen Belangen dem Westen nacheifern: Die Frauen, auch die ärmsten, flechten sich geglättetes, glänzendes Kunsthaar in die krausen Locken, D&G-Duplikate und gefälschte Rolex-Uhren sind an jeder Ecke für wenige Cedis zu ergattern. Die Schickeria, die sich an Feiertagen den Eintritt zu den exklusiven Poolpartys der Hotels leistet, will mit Goldkettchen und Lacktaschen imponieren und hört Musik auf gefaketen Blackberrys. In Accra, der Hauptstadt, wurde neuerdings sogar die »Accra Mall« errichtet, ein an der westlichen Sterilität orientiertes Einkaufszentrum, gekrönt von einem Apple-Store und einer Birkenstockfiliale. Stolz schlendern die gut betuchten Ghanaer, deren Erscheinung der Musterung des Eingangswärters standhält, durch die klimatisierte Passage,

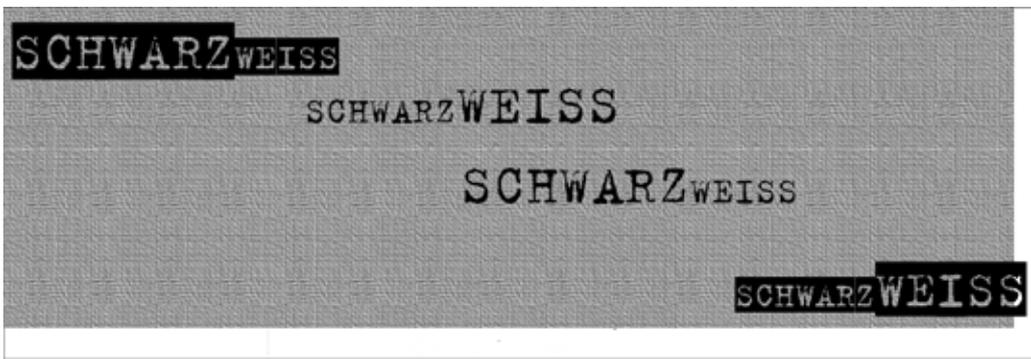
im Bewusstsein, dass sie zu einer exklusiven Gruppe gehören, die sich Dementsprechendes leisten kann. Nicht im Bewusstsein haben die meisten Ghanaer jedoch, dass sie sich im ständigen Versuch, dem Westen nachzueifern Mündigkeit und Würde selbst absprechen. Von diesem Versuch profitieren nur die westlichen Länder, die derartige Staaten zunehmend als Absatzmarkt entdecken. Und damit das auch funktioniert, wird werbeteknisch sauber vorgesorgt: Selbst in den entlegensten Dörfern sind eine Großzahl an Lehmhütten schrillrot angestrichen, das Vodafone-Logo ist aufgedruckt. Die üblichen Werbeplakate für Hygieneartikel sind gespickt von strahlenden weißen oder zumindest relativ hellhäutigen Promotern und im Schulbuch sind die abgebildeten Personen, die am Automaten Geld abheben, selbstverständlich weiß – damit die Verhältnisse auch von vornherein geklärt sind. Weiße haben ganz viel Geld und sind ausnahmslos glücklich – das wird an jeder Ecke subtil oder weniger subtil propagiert und davon ist der Großteil der Ghanaer überzeugt. Eine Mutter drückt uns sogar ihr Baby in den Arm und fordert uns ernsthaft auf, es mit nach Hause zu nehmen, da es ihm dort viel besser gehen wird. In diesem Sinne ist ein hektisches Nacheifern westlichen Lebensstils die logische Konsequenz. Dazu kommt eine religiöse Dimension: Mit dem Kolonialismus hat sich auch das Christentum in der ghanaischen Kultur etabliert, allerdings eine sehr pietistische, frömmelnde Art des Christentums. Deren

Auswüchse sind Plakate mit apokalyptischen Aufschriften, das Datum des Gerichtstags verkündend, eine Unmenge an Taxis mit Schriftzügen wie »Sweet Jesus« und Garküchen mit dem Namen »Jesus blood«. Es wimmelt von kitschigen Jesusikonen, überhaupt kann man sich vor Jesusabbildungen kaum retten. Und dabei bleibt auch der Heiland ein Weißer, schwülstig, bleich und fern jeder afrikanischen Lebensrealität. Aus eben dieser Realität aber soll er erretten, obwohl er keinerlei afrikanische Qualitäten verkörpert.

Dass ein solcher Hype und Jubel um den weißen Mann nicht nur Bewunderung, sondern andererseits auch Verbitterung und Verachtung schürt, ist ebenfalls kein Wunder. Es gibt nämlich die Reihe der Ghanaer, die einen aus der Entfernung anstarren, im Blickfeld leicht verdeckt durch die anbietenden Landesgenossen, die schallend lachen, auf Handynummer und Facebook-Account beharren und es anscheinend witzig finden, dass man im regionalen Dialekt »Danke« sagen kann. Auf diese hintere Reihe bereitet einen der Reiseführer nicht vor, wenn er behauptet, das Phänomen Rassismus sei in

Ghana unbekannt; manchen dieser Menschen nämlich steht der »Hass auf den Westen«, wie der Soziologe Jean Ziegler titelt, ins Gesicht geschrieben. Und wer kann es ihnen verübeln bei der Scheinheiligkeit, mit der viele westliche Länder sich hier engagieren: Schrott beispielsweise, der teuer zu recyceln ist, wird per Frachtschiff nach Accra exportiert. Einen großen Anteil daran bilden kaputte technische Geräte. Unter dem Vorwand, die digitale Kluft zwischen Europa und Ghana zu verkleinern, wird Ghana hier zur westlichen Müllhalde umfunktioniert. China nimmt sich ein Beispiel an Europa und tut seinen Teil, um das rohstoffreiche Land wirtschaftlich abhängig zu machen: Ein großer Teil der Bauarbeiten, vom Nationaltheater bis hin zu geteerten Überlandstraßen, liegt in chinesischer Hand. China aber hat keine historische Schuld an Ghana zu tilgen, sein ökonomischer Kolonialismus unterscheidet sich vom europäischen Neokolonialismus, dessen dreiste Scheinheiligkeit sich erst im Angesicht der gemeinsamen Vergangenheit entblößt: Unmengen Ghanaer wurden auf europäisches Geheiß hin von hier aus als billige Arbeitssklaven nach Osten verfrachtet. Doch dieser Kolonialismus, auf dem der westliche Wohlstand letztlich noch immer aufbaut, nimmt in veränderter Form weiter seinen Lauf.

Theresa Pleitner



Identität(en)

Identität, die; -, -en [entlehnt von spätlat. *identitas* ([Wesens-] Einheit) und lat. *idem, eadem, idem* (ebender, ein und derselbe)]: 1. Vollkommene Übereinstimmung zweier Dinge oder Personen; 2. a. Echtheit; b. eindeutiges Unterscheidungsmerkmal einer Person oder einer Sache von einer anderen.

Im Zuge der Aufwertung des Individuums während der Aufklärung entstand das Konzept der personalen *Identität*. Dabei konkurrierten zwei Perspektiven. Die transzendente Sicht schrieb dem Menschen a priori eine feste personale Einheit und Kontinuität zu. Die entgegengesetzte Sichtweise machte Zweifel an einer solchen personalen Kohärenz geltend, da eigene empirische Beobachtungen die Wandelbarkeit menschlicher Persönlichkeit aufgezeigt hatten. Mit dem Aufkommen der modernen Sozialwissenschaften (z.B. der neoklassischen Ökonomie) im 19. Jahrhundert wurde letztere Sicht verworfen und allein das rationale und damit kohärente und konstante Individuum postuliert. Die personale Einheit wurde nicht mehr in Frage gestellt, sondern als gegeben akzeptiert. Diese Auffassung setzte sich auch im bürgerlichen Verständnis von *Identität* durch, das eine vollentwickelte und stabile Persönlichkeit voraussetzte. Zusätzlich wurde der Sprachgebrauch um das Verb »identifizieren« [entlehnt von franz. *identifier*] erweitert, was so viel bedeutet, wie »etwas genau wiedererkennen; die *Identität* einer Person feststellen«.

Im 20. Jahrhundert entfernte sich das soziologische vom aufklärerischen Verständnis, indem es den Wesenskern einer Person als durch soziale Interaktionen form- und veränderbar betrachtete.

Eine endgültige Loslösung von der essentialistischen Vorstellung eines einheitlichen Wesenskerns erfährt das Identitätsverständnis seit Ende des 20. Jahrhunderts durch postmoderne Ansätze. Bei diesen ist das Interesse vor allem auf kollektive *Identitäten* (auch: soziale, kulturelle oder Wir-Identität) und weniger auf personale Selbstbilder einer Person gerichtet. Kollektive *Identitäten* beziehen sich auf all jene Aspekte, welche die Zugehörigkeit eines Subjekts zu bestimmten Gruppen festlegen. Nationalität, Ethnizität, Lokalität, Religion, Gender oder Sprache zählen zu solchen identitätsstiftenden Merkmalen. Integration in die

Gruppe und gleichzeitige Abgrenzung nach Außen bilden dabei die Eckpfeiler kollektiver Selbstverortung. *Identitäten* gelten fortan als veränder- und in sozialen Interaktionen aushandelbar. Sie sind vielschichtig, fragmentiert und situativ.

Ein Mensch kann sich zu mehreren, sich sogar widersprechenden Gruppen zugehörig fühlen und je nach Situation auf unterschiedliche Fragmente seiner *Identität* zurückgreifen. Identitätsbildung ist ein stetiger Prozess, der nie abgeschlossen ist, sondern immer Teil seiner diskursiven Umgebung bleibt. Postmoderne Ansätze werden damit den gegenwärtigen globalen Veränderungen gerecht: Durch Globalisierung und weltweite Migration sehen sich die Menschen einer wachsenden Anzahl unterschiedlicher Identifikationsmöglichkeiten gegenüber – auch über große räumliche Distanzen hinweg. Die gegenwärtigen Globalisierungstheorien verstehen *Identität* demnach als hybride Konstrukte, die viele verschiedene Elemente, Geschichten und Bedeutungssysteme aus unterschiedlichen Gesellschaften und Regionen der Erde vereinen und zu etwas Neuem verschmelzen lassen. »Hybridisierung«, »Kreolisierung« und »Transkulturalismus« bilden so eine konzeptuelle Alternative zu dem essentialistischen Identitätsverständnis: Indem sie die Wandelbarkeit und Konstruiertheit von *Identitäten* betonen, lösen sie die Vorstellung vom unveränderbaren Wesenskern, der eine kreative Vermischung von *Identitäten* und Kulturen unmöglich macht ab.

Oft wird in diesem Kontext ein Unterschied zwischen migrantischen und nicht-migrantischen *Identitäten* gemacht, da erstere stärkeren Umwandlungsprozessen ausgesetzt sind und damit hybrider scheinen als letztere. Diese Begründung läuft aber Gefahr, nicht-migrantische *Identitäten* zu essentialisieren und die globalen Einflüsse auf diese zu übersehen. Der entscheidende Unterschied liegt stattdessen in einem anderen Aspekt der Identitätsbildung: *Identitäten* konstituieren sich immer in einem Spannungsfeld zwischen Selbst- und Fremdzuschreibungen. Da das Verhältnis zwischen MigrantInnen und Mehrheitsgesellschaft meist asymmetrisch ist, sehen sich erstere vermehrt Fremdzuschreibungen durch letztere ausgesetzt. Zusätzlich zu solchen dominanten Fremdzuschreibungen können auch soziostrukturelle und ökonomische Faktoren die Identifikation und das Zugehörigkeitsgefühl zu einer bestimmten Gruppen festlegen, einschränken oder verhindern.

Ob personales Selbstbild oder kollektive Zugehörigkeit – *Identitäten* konstituieren sich nicht isoliert innerhalb einer Person, sondern entstehen immer in sozialen Interaktionen mit anderen Personen und Gruppen und unterliegen demnach auch den strukturellen und diskursiven Rahmenbedingungen.

Jan Diebold und Fritzi Faust, schwarzweiss

Weitere Informationen siehe unter: www.schwarzweiss-hd.de



Schmelztiegel Israel? Identitätssuche in einem jungen Staat

זה דור שלם של אנשים שלא אכפת להם כמעט מכלום
עם מי לישון, מתי לקום ואיפה הזהות שלנו?

»Ze dor shalem shel anashim shelo ichpat lahem kim'at miklum, im mi lishon, matai lakum – ve'eifo hazehut shelanu?«

»Eine ganze Generation interessiert sich für nichts, mit wem man schläft, wann man aufsteht – und wo ist unsere Identität?« singt Ivri Lider, ein bekannter israelischer Popstar. Wo ist die israelische Identität? Er ist nicht der erste, der diese Frage stellt.

Während Israel in den Medien weitestgehend als einheitlicher Akteur mit klarer Agenda erscheint, sieht die soziale Wirklichkeit anders aus. Aufgrund der bewegten Geschichte als Einwanderungsland ist Israel alles andere als homogen – es ist ein Beispiel dafür, wie komplex, vielschichtig und dynamisch soziale Identitäten sind. Durch die gleichzeitige Zugehörigkeit eines jeden zu verschiedenen Gruppen entsteht eine Vielzahl an unterschiedlichen kulturellen Identitäten. Dies macht es schwierig, von einer einheitlichen israelischen Identität zuzusprechen.

Aus allen Ländern der Welt sind im Laufe der letzten 150 Jahre Jüdinnen und Juden nach Israel eingewandert und haben ihre Regionalkultur, ihre eigene Form der Religiosität und ihre Vorstellung vom Staat Israel mitgebracht. Das hat nicht nur einen großen kulturellen und ideellen Reichtum zur Folge, sondern auch die Schwierigkeit, eine neue Sprache und eine gemeinsame Identität zu finden.

Der anfangs größte gesellschaftliche Graben, zwischen den staatstragenden mitteleuropäischen Juden, den Ashkenazi, und den als unterlegen dargestellten südeuropäischen und arabischen Juden, den Sefardi und Misrachi, ist inzwischen größtenteils überwunden.

Schwerer wiegt heute der Gegensatz zwischen religiösen und säkularen jüdischen Israelis. Orthodoxe Juden pflegen einen Lebensstil, der sich stark an den religiösen Schriften und Regeln der Juden orientiert. Viele Elemente des modernen Lebens sind ihnen ein Dorn im Auge. Säkulare Juden verschiedener politischer Couleur wollen dagegen



die Freiheiten eines demokratischen Staates genießen. Eine andere Interpretation von Religiosität vertreten nationalreligiöse Israelis, in deren kultureller Identität religiöse Elemente untrennbar mit einer politischen Agenda verbunden sind. Sie sind oft in rechten Parteien und unter Siedlern zu finden. Eine grundsätzliche Frage bei der Konstruktion des israelischen Staates ist seit jeher, wie wichtig »Jüdisch-sein« für die israelische Identität ist – bis heute ist sie nicht gelöst und in verschiedenen Gruppen existieren verschiedene konkurrierende Antworten auf diese Frage.

Für die meisten jüdischen Einwanderer, die bis in die 1970er Jahre nach Israel kamen, verblasst die Identität des Herkunftslandes neben ihrer neuen israelischen Identität. Dies stellt sich bei später eingewanderten Gruppen anders dar: Äthiopische Juden wurden in zwei großangelegten Operationen 1985 und 1991 aus dem Sudan und aus Äthiopien nach Israel geflogen, und kämpfen seitdem mit großen Schwierigkeiten bei der Integration in Israel.

Eine Einwanderungswelle enormen Ausmaßes von russischen Juden nach Israel begann nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Auch hier findet die Integration nur schleppend statt. Viele russische Israelis sprechen nur wenig Hebräisch und leben in abgegrenzten russischen Gemeinden.

In den letzten Jahren wurde noch eine weitere Gruppe präsenter, die einen Anteil an der israelischen Identität beansprucht: Gastarbeiter, die vor allem von den Philippinen kommen, um in Israel als Pflegekräfte zu arbeiten. Viele ihrer Kinder sind heute schon in Israel geboren und sprechen Hebräisch als ihre Muttersprache. Da sie als Filipinos vorwiegend katholisch sind, ergibt sich hier eine ganz neue Situation mit neuen, grundsätzlichen Fragen für die israelische Gesellschaft.

Die Identität arabischer Israelis ist ebenso unscharf wie vielschichtig. Mehrheitlich sind arabische Israelis Muslime, aber es gibt auch Christen, Drusen und Beduinen – die einen jeweils unterschiedlichen Status in der israelischen Gesellschaft haben. Da sie nicht jüdisch sind, sind sie von der Identität der jüdischen Mehrheitskultur größtenteils ausgeschlossen. Arabische Israelis leiden unter vielen Diskriminierungen im Alltag. Dennoch versuchen viele, sich unter großen Mühen zu integrieren. Andere wiederum bauen ihre Identität auf Symbolen des palästinensischen Widerstands auf und verbünden sich unter Ausgegrenzten.

»Wo ist unsere Identität?«, fragt Ivri Lider. Eine Frage, die man so einfach nicht beantworten kann. Schon seit der Gründung des Staates Israel befindet sich die Gesellschaft im Aushandlungsprozess einer gemeinsamen Identität – ein Prozess mit vielen unterschiedlichen Stimmen, der von Außen nur wenig wahrgenommen wird. Mit der Aushandlung der kulturellen Identität sind politische, religiöse und soziale Fragen verbunden. Fragen, die die israelische Gesellschaft umtreiben und als Erbe einer konfliktreichen Vergangenheit und einer beispiellosen kulturellen Vielfalt mit Sicherheit noch lange umtreiben werden.

Lisa Jenny Krieg für schwarzweiss
Weitere Informationen unter:
www.schwarzweiss-hd.de

LOCI & TEMPORA CONCILIORUM

- Fr. 27.1. 14 h Tag gegen Rechts in der Pädagogischen Hochschule, Keplerstraße 87
16 h Neonazistrukturen in der Region Rhein-Neckar, Keplerstraße 87
20 h Per Anhalter durch die Galaxis – Party, Café Gegendruck, Fischergasse 2
- So. 29.1. 14.30 h Stadtführung zu den ehemaligen jüdischen Anwesen in der Heidelberger Altstadt, Rathaus Heidelberg
- noch bis 29.1. 6. Iranisches Theaterfestival im TiKK
- Mo. 30.1. 19 h: »40 Jahre Berufsverbot – ein abgeschlossenes Kapitel?« mit Michael Csaszkóczy und Silvia Gingold in der Pädagogischen Hochschule, Keplerstraße 87
- Do, 2. 2. 19 h Vortrag: Affekt und Geschichte – Die »Pathosformel« von Aby Warburg. Neue Uni Hörsaal 1
- Fr. 3.2. 16 Uhr »Bier mit Bernd« Semesterabschluss mit Rektor Bernhard Eitel, alle Studierenden sind herzlich eingeladen, Rektoratszimmer, Alte Universität, Grabengasse 1
- Fr. 3.2. 20 h Kopfsalat und Die Band Improshow im Karlstorbahnhof
20 h Konferenz »Südafrika am Scheideweg« 100 Jahre ANC, im dai Heidelberg
- Di. 7.2. Diskussionsveranstaltung von schwarzweiss
- Sa. 04.02. 10 h bis 15 h Studierendenflohmarkt im Marstallhof, kostenlose Standanmeldung unter pr@stw.uni-heidelberg.de
20 h Hagen Rether »Liebe«, Stadthalle Heidelberg
- Fr. 17.2. 20 h »Kunst gegen Bares«, dai Heidelberg
- So. 19.2. 12 h »Listen to Brunch« mit Bischler, im Café »Caféga«, am Schillerplatz, im Jungbusch, in Mannheim
- Do. 23.2. 20 h Marc-Uwe Kling: Das Känguru Manifest 3D, dai Heidelberg
- Mo. 19.3. 19 Uhr UN!MUT Redaktionstreffen, Interessierte sind herzlich eingeladen, Marstall-Empore über dem Buffet
- Mo. 16.4. Vorlesungsbeginn
- Mo. 23.4. UN!MUT-Redaktionstreffen, Interessierte sind herzlich eingeladen, Marstall-Empore über dem Buffet

schwarzweiss

Veranstaltungsankündigung:

»Ich wohne also bin ich – Wohnumfeld und soziale Integration in der Heidelberger Stadtplanung«

schwarzweiss und der Ausländer-/Migrationsrat der Stadt Heidelberg (AMR) laden alle Interessierten zu einer Podiumsdiskussion im DAI ein. Es wird über die Frage diskutiert, welchen Einfluss das Wohnumfeld auf die Integration von MigrantInnen in Heidelberg hat und welche Rolle die Stadt dabei spielt. In den nächsten Jahren wird sich angesichts von Großprojekten wie der Bahnstadt, den Konversionsflächen und der Internationalen Bauausstellung der Wohnraum in Heidelberg drastisch verändern. Dies birgt Risiken und Potentiale. Wie jüngste Forschungen betonen, sind Lage und Anbindung eines Stadtteils wichtig für die gesellschaftliche Teilhabe der BewohnerInnen. Besonders für MigrantInnen ist das Wohnumfeld entscheidende Voraussetzung für eine funktionierende Integration.

Den theoretischen Hintergrund werden die Heidelberger Stadtgeographin Ulrike Gerhard und die Ethnologin Esther Baumgärtner beleuchten. Um den Stand in der Praxis, gerade auch mit Blick auf die anlaufenden tiefgreifenden Stadtentwicklungsprozesse, kümmern sich Orietta Angelucci von Bogdandy vom AMR und ein Vertreter der Stadt (vorauss. Joachim Hahn, Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik). Moderiert wird die Veranstaltung von der Heidelberger Schriftstellerin und Publizistin Jagoda Marinic.

Dienstag, 7. Februar 2012, DAI-Bibliothek, 19 Uhr
Weitere Informationen unter www.schwarzweiss-hd.de

IMPRESSUM... der UNiMUT

Zeitschrift [an] der Uni Heidelberg, Ausgabe 1/2012. Nr. 214 vom 24. Januar 2012. Redaktion: Gregor Babelotzky, Nina Marie Bust-Bartels, Leonard Keidel, Theresa Pleitner, Janina Reibold, Annika Sterk, Chiara Westermann. Auflage 3000. Unidruckerei. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die VerfasserIn verantwortlich. Unterstützt von der FachSchaftsKonferenz, Albert-Überle-Str. 3-5, 69117 Heidelberg. e-mail: unimut@posteo.de.

Alle Ausgaben auch unter: www.uni-heidelberg.de/unimut

Bilder:

S. 6/7: Bethlehem 2008 von ManImMac ([flickr.com/photos/manimmac/338780690](https://www.flickr.com/photos/manimmac/338780690))